Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 22 (1928)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundschau

Zum Bettag. Wie wird es mit der Schweiz gehen? Wir spüren alle, dass es nun heisst: „Sein oder Nichtsein — das ist die Frage.“ Die Krisis geht bis aufs Leben. Ueberall sind die Mächte der Verderbnis am Werk. Die Kraft, eine neue Berufung der Schweiz — die eine Fortführung der alten wäre — zu ergreifen, erscheint so gering, der Wille dazu besonders bei unsern „Führern“ (die keine sind) und wieder besonders bei unsern Intellektuellen so schwach, dass wir oft meinen, die Stunde, die unsere Grossen in ihren dunkelsten Augenblicken etwa geschaut, sei nahe, wo der Leib unseres Volkes zerfalle, weil seine Seele ausgezogen sei. Der ganze gewaltige Ernst dieser Tatsache — es ist sicher eine! — muss alle die erschüttern, denen am Leben der Schweiz liegt.

Dann aber dürfen wir vielleicht doch einen Trost haben. Regt sich nicht, fast unerwartet, neues Leben in dieser Seele der Schweiz? Haben wir davon nicht gerade in der letzten Zeit hocherfreuliche Zeichen gesehen? Bezeugen uns nicht gerade die Zeitungen, die ja sonst — Ausnahmen abgerechnet — auch gar sehr Zeichen unseres Verfalls sind, in diesen Zeiten der Wahlenangst, dass im Volke eine grosse Gärung vor sich gehe, dass es sich nach neuen Losungen, nach neuen Gedanken, nach neuen Idealen sehne? Sagen sie uns nicht, dass dieses Verlangen vor allem eine soziale Richtung einschlage? Wissen wir selbst nicht doch auch, dass es an einem neuen religiösen Verlangen — wie man so sagt, sagen wir lieber: an einem neuen Fragen nach Gott nicht fehlt? Und ist nicht deutlich, dass diese beiden Hauptströme der Not und Hoffnung sich zu vereinigen trachten? Gerade die Anzeichen dieser letzteren Bewegung mehren sich. Dürfen wir denn nicht trotz allem an unserer paradoxen Hoffnung, die nur ein Teil unserer Gesamthoffnung ist, festhalten: dass in der Vereinigung dieser beiden grossen Aufgaben der Zeit zu der Einen, gerade auch auf dem Boden der Schweiz, das Grösste, was in ihrer Vergangenheit aufgeleuchtet ist, eine neue Erfüllung finde? Schon, was wir jetzt an neuem Leben beobachten, berührt uns ein wenig wie Frühlingswunder. Und die Wiedergeburt eines Volkes ist, wie die des einzelnen Menschen, sicherlich immer ein Wunder. Aber das Wunder wird dem Glauben verheissen und ihm geschenkt. Lasset uns darum glauben und arbeiten!

Zur Chronik. Es ist diesmal über die Weltbegebenheiten von drei Monaten zu berichten, soweit wenigstens als sie in den Rahmen der Chronik fallen. Das bedeutet, dass mehr al fresco gemalt werden und allerlei Einzelnes, das sonst auch drankommen dürfte, wegfallen muss.

Weltpolitisches.

Die Linien des weltpolitischen Geschehens sind in diesem Zeitraum, einige Ausnahmen abgerechnet, nicht sehr auffällig hervorgetreten, wenigstens für das Auge dessen, der nicht mit den mikroskopischen und teleskopischen Instrumenten des Kenners und Fachmannes — der übrigens gerade auch infolge davon öfters irrt! — ausgerüstet ist. In China macht sich, wie es scheint, nach dem vollständigen Sieg der Nationalpartei (Kuomingtang) und dem Verschwinden Tschansolins der Gegensatz zwischen der „bürgerlichen“ Richtung und dem „Kommunismus“ wieder stärker geltend. Es wird wohl noch lange gehen, bis diese gewaltige chinesische Welt (bekanntlich der Bevölkerungszahl nach etwa ein Viertel der Menschheit) zu einer neuen und beruhigten Gestalt gelangt. Wir werden die durch all diese Not und Gärung geschaffenen Zustände ein andermal illustrieren. Ob die Grossmächte China bei der Herstellung einer neuen Ordnung helfen, bleibt wohl zweifelhaft. Amerika und England haben wenigstens auf der Oberfläche eine bessere Haltung angenommen, jenes schon lange, dieses seit einiger Zeit (Deutschland kommt vorläufig dafür nicht in Betracht, da es diese Art von „Weltpolitik“ nicht mehr mitmacht

und mitmachen kann), Japan dagegen hat es unter einem neuen Ministerpräsidenten für notwendig gehalten, die starke Faust auf die Mandschurei zu legen, damit diese nicht einfach ein Teil des neuen China werde. Der Papst seinerseits hat diesem eine Botschaft der Anerkennung und Sympathie geschickt.

Nach dem teilweisen Zusammenbruch der mehr oder weniger national gefärbten Mission scheint sich das Christentum als chinesische Bewegung erst recht kräftig zu regen, kräftiger und jugendlicher als im ganzen das europäische Christentum.

Allerlei Zuckungen scheinen durch die Mongolei, die einst ein Herd furchtbarster Erdbeben der Geschichte war (Tamerlan, Dschingiskhan!), zu gehen. Das etwas phantastisch eingekleidete, sensationelle Buch von Ossendowsky: „Tiere, Menschen und Götter" gibt doch von den in dieser geheimnisvollen Welt waltenden Kräften wohl ein im wesentlichen richtiges Bild. — In Indien haben sich die nationalen Parteien ein neues Programm gegeben, das, wenn es verwirklicht würde, England so ziemlich ausschaltete. Aber ob sie dazu die Kraft und das heisst vor allem: die Einigkeit haben? Und ob es heute schon für sie selber gut wäre? Ob überhaupt der Nationalismus, den Tagore so klassisch darstellt und verurteilt, nun auch Asien erobern soll? Tagore ist, wie übrigens auch Gandhi, still geworden, was nicht bedeutet, dass sie nicht beide leben! — Ganz Vorderasien ist durchzuckt von nationalen Leidenschaften, die da und dort als Flammen emporzüngeln, oft aber auch bloss als Rauch von schwelender Glut emporsteigen.[1])

In Aegypten hat sich, wohl nicht ohne Zustimmung der Engländer, die Faust einer Diktatur auf das Parlament gelegt, das für drei Jahre aufgehoben ist. Die panafrikanische Bewegung entwickelt sich weiter, obschon in dieser Periode keine besonderen Ereignisse sie verraten haben. Sie werden schon wieder hervortreten.

Kommen wir vorläufig nach Europa herüber, so züngeln die Flammen und auch die schwelende Glut der nationalen Leidenschaft auf dem Balkan nicht weniger als in Vorderasien. Mussolini bläst drein. Albanien ist ihm vorläufig verfallen. Er macht dort einen Strohmann, einen Abenteurer schlimmster Art, zum König. In Jugoslavien führt die durch ihn gereizte Angst und Wut des Kampfes um den Vertrag von Nettuno, d. h. um Dalmatien (den eine westliche Kapitalistengruppe Jugoslavien aufdrängt), zu den Mordszenen im Parlament, denen u. a. Stephan Raditsch und sein Neffe, jener ein eigenartiger romantischer Demagoge im bessern Sinne, zum Opfer fallen. England und Frankreich greifen in Bulgarien gegen die Komitadschis ein, was als Streich gegen Mussolini gedeutet wird. Eine Niederlage des Faschismus bedeutet das Wiederaufkommen des franzosenfreundlichen, türkenfeindlichen und republikanischen Venizelos in Griechenland.

Ungarn arbeitet fieberhaft an der Zerstörung des Vertrages von Trianon und der Wiederaufrichtung seiner Monarchie. Alle möglichen dunklen Pläne gehen davon aus und führen dazu hin. Rumänien leidet an Verdauungsbeschwerden und sozialen Zuckungen. Es ist gegen die Minderheiten und gegen seine Opposition (soweit diese nicht allzu stark ist) so brutal wie alle diese Oststaaten. Deren Gefängnisse sehen stetsfort Greuel in Masse, die zum Himmel schreien. In Polen treibt Pilsudsky, immerhin ein Diktator etwas höheren Stils, eine Politik, die eine Mischung von Romantik und gesundem Menschenverstand zu sein scheint. Der Konflikt zwischen Polen und Litauen wegen Wilna kommt nie zur Ruhe und bleibt ein Brandherd der Weltpolitik. Das internationale Intriguenspiel, das Litauen als Ausfallstor benutzen will (England gegen Russland, Russland gegen England und den „Westen" überhaupt, Deutschland je nachdem gegen die eine oder andere Seite), verschärft die

---

[1]) Ganz ausgezeichnet orientiert darüber, wie über diese ganze Bewegung des Orients, das Buch unseres Freundes Dr. Hans Kohn: „Geschichte der nationalen Bewegung im Orient", über das wir noch ausführlicher zu reden gedenken.

Sachlage noch. Schlecht bleibt das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, dessen wundeste Punkte Danzig und der Korridor bilden.

Aber schlimmer als das alles verstört augenblicklich die deutsch-österreichische Anschlussbewegung die sich mühsam durcharbeitende Einigung Europas. Sie ist durch die arg missbrauchte Schubertfeier wieder brennend geworden. Diese Bewegung ist zusammengesetzt aus einer rastlosen deutschen Propaganda und einem österreichischen Mangel an Selbstständigkeitsgeist, der von dem Anschluss die Rettung aus aller Not erwartet. Das würde sich gewiss als grosse Illusion erweisen. Wer sich nicht selbst helfen mag, dem ist auch von aussen her nicht zu helfen. Es ist aber auch durchaus nicht abzusehen, welchen Nutzen dieser Anschluss Deutschland bringen sollte. Er hätte nur als eine „grossdeutsche" (in Wirklichkeit „grosspreussische") Machtpolitik, als Wiederaufnahme des Naumannschen „Mitteleuropa", einen Sinn. Aber dieser Sinn würde zum Unsinn, denn eine solche Politik führte mit Sicherheit zu einem gewaltigen Fiasko und zur endgiltigen Katastrophe Europas. Was aber sollte, abgesehen davon, die Durchzwängung dieses Anschlusses Deutschland nützen? Der kulturelle und wirtschaftliche, wie der nationale Zusammenhang Deutschösterreichs mit dem deutschen Reiche ist ohne den staatlichen Anschluss durchaus möglich, ja sogar, wie die Geschichte des Elsass lehrt, leichter als mit ihm. Es ist also bloss der deutsche Nationalismus, der diesen Anschluss erzwingen will, wobei die Schubertfeier dafür insofern charakteristisch ist, als eine gewisse Romantik im Spiele sein wird. Vielleicht ist es auch das Bedürfnis, den Verlust des Weltkrieges auf diese Art gutzumachen, ja ins Gegenteil zu verkehren. Bedenklich ist besonders, dass ausgerechnet die deutschen Linksparteien und in erster Linie die Sozialdemokratie als Träger dieses neuen Nationalismus erscheinen.

Wir andern müssen aus vielen Gründen gegen diesen Anschluss sein. Einmal: Die Wiederaufnahme der mitteleuropäischen Machtpolitik müssen wir selbstverständlich als töricht und verhängnisvoll betrachten. Sodann: Wir können es für keinen Gewinn halten, wenn Deutsch-Oesterreich, das etwas Eigenartiges sein kann, das eine wertvolle besondere Kultur vertritt und das gerade als Brücke zwischen dem Deutschtum und der slavischen Welt eine grosse Aufgabe hat, zu einer reichsdeutschen Kolonie und Wien zu einer Filiale von Berlin wird. Drittens: Ebensowenig kann ein Freund des neuen Europa einen Sieg des Prinzips wünschen, dass alle die gleiche Sprache sprechenden Bevölkerungen in ein einziges und gleichsprachiges Staatswesen zusammengefasst werden müssten. Im Gegenteil muss gerade dieses Prinzip bekämpft werden, und wenn man das Wilsonsche „Selbstbestimmungsrecht" dafür anführt, so verkehrt man dessen Sinn in sein Gegenteil. Viertens: Ein nachträglicher Sieg im Weltkrieg, den der Anschluss ohne Zweifel bedeutete, ist dem deutschen Volk nicht zu wünschen. Er brächte nur seine militaristischen und nationalistischen Elemente wieder obenauf. Und endlich, was gegenwärtig die Hauptsache ist: Der Anschluss bedeutete heute den Krieg, den Weltbrand. Denn weder Frankreich und Italien, noch die Kleine Entente mit Polen liessen sich ihn gefallen. Wohl auch England nicht.

Schon darum sollte man mit diesem Unfug Schluss machen. Er ist ein Frevel gegen alle die guten und befreienden Gedanken, die zum neuen Europa und zum Weltfrieden führen. Unser Ziel muss ein auf föderalistischer Grundlage geeinigtes Europa sein. Dann ist eben dieser „Anschluss", wie mancher andere, sowohl verwirklicht als unnötig gemacht (Das ist kein Widerspruch!). Oesterreich aber kann und soll inzwischen anders geholfen werden, namentlich durch Anschluss, aber nicht staatlichen, an den Osten und Nordosten. Es wäre gut gewesen, man hätte das alte Oesterreich nicht zertrümmert, sondern in eine föderalistische Republik verwandelt. So haben wir es einst auch in den „Neuen Wegen" vorgeschlagen. Auch das Elsass wäre besser wenigstens autonom geblieben. Uebrigens ist dort nun etwas mehr Vernunft von Frankreich her eingezogen.

Wenn sich hier also ein weltpolitisches Problem wieder deutlich verschärft hat, so beobachten wir das Gleiche, wenn wir nun wieder über den Rahmen Europas hinausblicken. Hier ist nun wirklich Tagestatsache geworden, was bis vor kurzem noch mehr ein böser Traum zu sein schien: ein Gegensatz zwischen dem englischen und dem nordamerikanischen Weltreich, der sogar die Perspektive eines Krieges zwischen beiden nicht als ein blosses Hirngespinst erscheinen lässt. Das Flottenabkommen zwischen England und Frankreich soll seinen Sinn in der Bildung einer Koalition gegen die nordamerikanische Vormacht haben. Deswegen soll Kellogg nicht nach London, wohl aber nach Dublin gegangen sein, und die Vereinigten Staaten unabhängig von England Aegypten zur Teilnahme am Kelloggpakt eingeladen haben. Auch allerlei anderes deute auf diese neue Konstellation hin. Nun ist ja sicher, dass Oppostion gegen ein gewisses Amerika (nicht das ganze!) auf allen Lebensgebieten eine der grossen Notwendigkeiten geworden ist und immer mehr werden wird. Aber eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen ihm und Europa wäre der Weltuntergang, und man sollte mit diesem Feuerlein am wenigsten spielen.[1])

Gegen diesen neu auftauchenden tritt der Gegensatz zwischen England und Russland etwas zurück. (Ein Teufel frisst den andern.) Immerhin ist er noch nicht verschwunden. Russland fährt fort, mit und ohne Absicht, in aller Welt jene „Weltrevolution" zu schüren, die in erster Linie gegen das englische Weltreich ginge. Und England legt natürlich seine Gegenminen. Einige meinen, auch mit dem Kelloggpakt verbinde man eine Absicht gegen Russland, die Russland durch seinen Beitritt zu durchkreuzen versuche. Dass solche Pläne gegen Russland in gewissen Kreisen gehegt werden und einen Teil des weltpolitischen Schachspiels bilden (bei dem der Teufel hinter den Spielern steht!), ist gewiss nicht zu bezweifeln, nur ist es von diesen Plänen bis zur Ausführung noch weit. Russland selbst fühlt sich wohl mit Recht als der militärisch und finanziell Schwächere; darum ist es ihm mit seinen Abrüstungsvorschlägen ernst.

Bedenklich ist der nordamerikanische Versuch, den ganzen ungeheuren amerikanischen Kontinent unter seine Vormacht zu bringen, wie er in seinem Vorgehen gegen Nicaragua deutlich wird. Der panamerikanische Kongress in Havanna hat nicht den Mut gehabt, diesem „Panamerikanismus" entgegenzutreten. Noch bedenklicher ist der ganz stille, aber deswegen nicht weniger wilde Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, das von jenem wirklich schlimm in die Enge gedrängt wird und auf seinen Tag wartet. Hier taucht wieder das furchtbare Antlitz der Rassenfrage auf.

Der Kampf um den Frieden.

Man hat im Angesicht dieser und anderer Erscheinungen — denen fieberhafte Kriegsrüstungen entsprechen! — oft das Gefühl, dass sich dunkle Wetter von allen Seiten zusammenzögen und die Dämonen sich zu einem neuen Feste rüsteten. In den Mittelpunkt der Gegenbewegung ist in den letzten Monaten der Kelloggpakt getreten. Leider liegt wenig Trost darin. Die Leser der „Chronik" erinnern sich wohl, dass ich im Gegensatz zur allgemeinen Skepsis im Kelloggpakt immerhin ein Zeichen der Macht erblickt habe, welche die Friedensbewegung gewonnen habe. Aber nun ist das Unternehmen im Verlaufe seiner Entwicklung stark verschlechtert worden. Seine Vertreter behaupteten früher mit Nachdruck, der Pakt schliesse auch den Verteidigungskrieg aus und lasse nur noch das Recht auf Notwehr übrig, das etwas ganz anderes wäre. Aber durch die seitherigen Interpretationen ist nun die Sache so gewendet worden, dass der sogenannte Verteidigungskrieg erst recht sanktioniert worden ist. Und nun wissen wir ja, was das bedeutet: jeder Krieg wird nun erst recht als Verteidigungskrieg aufgemacht, und das ist ja keine Kunst. Darum aber darf man jetzt mit desto besserem Gewissen rüsten; denn nun ist ja

[1]) Von dem Abkommen das nächste Mal mehr!

der Krieg geächtet und man treibt nur noch „Notwehr"! Dadurch ist der Kelloggpakt geworden, was er nicht von Anfang an war: eine ungeheure Heuchelei und ungeheure Gefahr. Es ist mir ein psychologisches Rätsel, dass Männer wie Haynes Holmes, der Herausgeber der „Unity", einer tapferen und in mancher Hinsicht vortrefflichen amerikanischen Zeitschrift, von dem Ereignis der Unterzeichnung dieses Paktes in messianischen Tönen reden und es als eine Weltwende bezeichnen können. Das wäre es, wenn es ernst wäre, aber es ist eine offenkundige Komödie. Denn die Regierungen zeigen nicht die geringste Neigung, deswegen auch nur ein Kriegsschiff für das Wasser oder die Luft weniger zu bauen, im Gegenteil. Es ist, als ob diese leidenschaftlichen Gegner des Völkerbundes mit diesem amerikanischen Unternehmen ihr Gewissen beschwichtigen wollten und sich darin selbst betrögen. Ich meinerseits muss bekennen: diese Feier der Unterzeichnung des Paktes in Paris am 27. August, mit dem Aufwand von Toiletten und diplomatischem Firlefanz, wo im „feierlichsten Moment" der Filmoperateur in Aktion trat, mit der aus boshaften Phrasen bestehenden Rede Briands, sagen wir es offen: mit seiner ganzen Atmosphäre schamloser Verlogenheit, beängstigt mich als eines der schlimmsten Vorzeichen naher grosser Katastrophen. Solche idealen Lügenszenen haben oft genug diese Bedeutung bekommen.

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass einiges Gute dabei sein kann, das wir festhalten dürfen. Der Krieg ist jetzt immerhin feierlich als Verbrechen bezeichnet. Daraus dürfen die Völker ihre Folgerungen ziehen und werden es hoffentlich tun. Russland hat sie bereits ausgesprochen. Dass es, mit diesem Kommentar, beigetreten ist, hat wieder seine Bedeutung. Und da die Schweiz ja auch beitreten wird, so wird es unsern Kriegsgerichten und Militaristen ein wenig erschwert, Menschen zu verurteilen, die eine geächtete und als Verbrechen erklärte Sache nicht mehr mitmachen, also sich auch nicht darauf vorbereiten wollen. Mögen die Diplomaten und Regierungen den Kriegsächtungspakt auf ihre Art auslegen und benützen, die Dinge haben ihr eigenes Gesetz und es gibt eine „List der Geschichte", die grösser ist als die der Diplomaten und Generalstäbler mit ihrem Anhang.

Im übrigen schwankt der grosse Kampf hin und her. In der Schweiz hat der Antimilitarismus Fortschritte in Sprüngen gemacht. Die antimilitaristische Lehrerbewegung gehört zum Erfreulichsten, was wir in der Schweiz seit langem erlebt haben. Sie hat allerdings an der Versammlung der Fédération Romande in Pruntrut unter für sie äusserst ungünstigen Umständen eine numerische Niederlage erlitten, die unsere Militaristen wieder etwas getröstet hat. Man hat auch den antimilitaristischen Lehrern die „Schweizerische Lehrerzeitung" gesperrt und die Generalversammlung des Lehrervereins in Solothurn hat diesen Beschluss nicht eindeutig aufgehoben. Solche offiziöse Delegierten sind halt sehr oft Träger des Bestehenden und mehr von wirklichen oder vermeintlichen Standesinteressen als vom heiligen Geist erfüllt. Die Bewegung selbst lässt sich dadurch nicht aufhalten. Zu den Berner und Zürcher Lehrern haben sich die Aargauer und Berner mit sehr grossen Zahlen von Zustimmungen zur Genfer Resolution (die bekanntlich auf vollständige und sofortige Abrüstung der Schweiz geht) gesellt. Es haben im ganzen etwa tausend schweizerische Lehrer sich durch ihre persönliche Erklärung auf diesen Boden gestellt. Das ist aber nur ein Teil der so denkenden Lehrer. Denn die meisten Kantone wurden durch die Unterschriftensammlung gar nicht berührt und auch in denen, wo sie stattfand, erreichte man natürlich nicht alle, die gerne mitgemacht hätten.[1])

---

[1]) Ein Dokument der Bewegung ist die von unserer Freundin Alice Descoeudres, einer ihrer eifrigsten Vorkämpferinnen, herausgegebene Sammlung von Aeusserungen, die der Kampf gezeitigt. Sie ist unter dem Titel „Désarmément" erschienen und auch bei der „Zentralstelle für Friedensarbeit" in Zürich zu haben.

Ein Erfolg scheint, trotz gewisser Bedenken, die man anfänglich dagegen hegen konnte, der Zivildienst (vorsichtigerweise „Hilfsdienst" genannt) in Liechtenstein, im Bergell und im Bündner Oberland zu sein. Er vereinigt nicht bloss erklärte Antimilitaristen, sondern will einfach Hilfe leisten, ohne nach einem Credo zu fragen (es sind sogar ausgesprochene Militaristen dabei!), aber selbstverständlich richtet ein solches Unternehmen seine Spitze gegen den Krieg und ist insofern in einem weiteren Sinne antimilitaristisch. Es scheint, nach allerlei Schwierigkeiten des Beginns, sich erfreulich zu entwikkeln. Leute aus allen Völkern und Zonen, von Norwegen bis Indien, machen mit, und die vollbrachte Arbeit ist schon jetzt gross. Unsere Militaristen aber sind darob in schwere Aengste geraten. „Thurgauer Zeitung", „Neue Berner Zeitung", „Gazette de Lausanne" und andere Gazetten von gleich edlem Charakter wittern Landesgefahr. Man versucht besonders die Gebrüder Ceresole, in erster Linie natürlich Pierre Ceresole, zu verdächtigen. Aber das macht keinen Eindruck mehr.

Nach allen Symptomen macht vielmehr die antimilitaristische Stimmung auch in der Masse des schweizerischen Volkes ungeahnte Fortschritte. Daher die Angst und Wut der militaristischen Kreise, die sich in wilden Schimpfereien oder auch in Gefasel nach Art eines anonymen „Theologen" ergehen, der in der „Neuen Zürcher Zeitung" orakelt.[1]) Allerlei Abwehrpläne werden gesponnen, natürlich ohne jede Aussicht.

Auch die Dienstverweigerungen gehen weiter. Besonders interessant war der Fall Wuilleumier, der am 11. Juli in La Chaux-de-Fonds vor dem Militärgericht zur Verhandlung kam. Dieses verweigerte dem Angeklagten die im neuen Militärstrafgesetz gebotene Möglichkeit, „ehrenhafte Gründe" für die Dienstverweigerung als mildernden Umstand zu betrachten, weil seine Gründe nicht „religiöser Natur" seien, was den Verteidiger, Freund Ceresole, mit Recht zu einer scharfen Einsprache veranlasste. Es ist ja auch wirklich interessant: wenn in Zürich Wolfgang Schwemmer sich auf Gott beruft, so betrachtet man das als Zeichen von Geistesstörung, wenn aber in La Chaux-de-Fonds einer sich auf sein Gewissen beruft, ohne Gott zu nennen, so wird sein Motiv dadurch „unehrenhaft". — Am 18. Juni ist der Handlanger Bron von Gland vom Militärgericht der 1. Division wegen Dienstverweigerung aus religiösen Gründen (!) zu drei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Rechte verurteilt worden. Marc Dubois, der schon 74 Gefängnistage hinter sich hat, erscheint nächstens zum drittenmal vor dem Militärgericht der 2. Division. Eduard Liechti tut das zum viertenmal. Er wird Ende November dreihundert Gefängnistage hinter sich haben. Allen diesen tapfern und treuen Bekennern Christi (mit oder ohne Berufung auf ihn!) unsern brüderlichen Gruss!

Die gedankenlose Behauptung, dass wir in der Schweiz keinen Militarismus hätten, wird schon durch diese Behandlung der Dienstverweigerer widerlegt. Sie widerlegt sich aber auch sonst. Nur zwei Beweise dagegen aus der neuesten Zeit. Der erste: Bundespräsident Schulthess und Ständerat Wettstein haben neuerdings an der Feier des 1. August mit allem Nachdruck erklärt, dass unsere Armee die Grundlage unserer Demokratie sei. Was ist das, wenn nicht Militarismus? Der zweite: Nun hat man richtig die Büsten Sprechers und Willes im Bundeshaus aufgestellt! Stehen dort etwa auch die von Spitteler, Hodler und Dunant? Und ist das nicht Militarismus?

Während bei uns in der Schweiz trotzdem der Vorstoss des Antimilitarismus die überwiegende Tatsache ist, wogt in der Welt im ganzen der Kampf auf und ab. Der Völkerbund hat gegenwärtig eine schlechte Zeit. Sein Kredit ist beinahe auf den Nullpunkt gesunken. Das darf einem leid tun — wie es denn auch dem Schreibenden leid genug tut — aber man soll doch nicht

[1]) Er gesteht dabei selbst, das Neue Testament nicht mehr recht zu kennen, beruft sich aber auf seine Kollegienhefte!

vor dieser Tatsache die Augen verschliessen oder sie durch einen sogenannten Optimismus andern verhüllen. Namentlich ist es Aufgabe der Vereinigungen für den Völkerbund, für diesen selbst als Bremse hinterm Ohr zu wirken, nicht als Bremse am Rad, was er wirklich nicht nötig hat. Statt dessen hat man oft den Eindruck, als ob für sehr viele Leute der Völkerbund und Völkerbundsvereinigungen wirklich das seien, als was ihre Gegner sie von Anfang an hingestellt: eine Beruhigung der Gewissen. Denn man kann durch eifriges Völkerbundsgetue den Schein erregen, als täte man etwas, während man nicht nur nichts tut, sondern auch nichts tun will, ja sogar vor allem darauf aus ist, ein wirkliches Tun zu verhindern. Man darf deswegen den Völkerbund nicht aufgeben — er ist unentbehrlich — darf auch nicht bloss über ihn schimpfen — was ein törichtes und verächtliches Geschäft ist, bei dem freilich die Mehrzahl der Schweizer sich genügen lässt — aber einen neuen Stoss hat er nötig, und dazu muss man mithelfen. Auch kann er völlig umgestaltet werden.

Der Kongress der Völkerbundsvereinigungen im Haag hat leider, trotz einigen guten Beschlüssen, keine Taten getan. Auch der Friedenskongress in Warschau (an dem wieder nur rechtsstehende Schweizer teilnahmen, wir andern haben ja dazu gar keine Beziehung mehr, weil es bei uns keine Friedensgesellschaften mehr gibt) zeigte, verglichen mit seinen Vorgängern, eine gewisse Stagnation. Der Kongress des Kirchenbundes für internationale Freundschaft in Prag hat eine ordentliche Resolution gegen den Krieg gefasst, genauere Berichte aber stehen noch aus.

Wenn dergestalt die Menschen schlaff werden, predigen desto lauter die Dinge. Zu der Hamburger Mahnung ist die von London gekommen, indem die gewaltigen englischen Luftmanöver mit aller möglichen Deutlichkeit aufs neue bewiesen haben, was der Aufsatz von Professor van Embden zeigt[1]): dass es vor der Luftwaffe keine wirkliche Verteidigung mehr gibt! Daneben erfährt man immer wieder, wie die Volksmassen durch keine Losung stärker bewegt werden, als durch die: „Nie wieder Krieg!" So haben sie auch Herriot in Köln mit: „Vive la France!" und Stresemann in Paris mit: „Vive l'Allemagne!" begrüsst. Die Folgerung, die man aus dieser Tatsache, verglichen mit dem Verhalten der Regierungen und ihren Militärs ziehen muss, ist klar: Die Völker müssen selbst aufgerufen und aufgeboten werden, dass sie mit aller Kriegsrüstung auch dem Krieg ein Ende machen. Das ist das Stadium des Kampfes, in das wir nun endgiltig eintreten. Die Aechtung des Krieges soll zur Weltwende werden. Aber die Völker müssen den Kelloggpakt ausführen.

Der Sozialismus

wird ebenfalls, ob er wolle oder nicht, durch dieses Problem wie überhaupt durch das Gewaltproblem am stärksten berührt. Das beweist neuerdings die Affäre des deutschen Panzerkreuzers. Sie wird zu einem jener symbolischen Ereignisse, die an kritischen Wendepunkten der Geschichte für Anschaulichkeit der prinzipiellen Fragen sorgen. Die Tatsachen sind bekannt. Die Oppostion gegen diesen Panzerkreuzer, der als erster von vieren geplant ist, bildete einen der volkstümlichsten und zugkräftigsten Punkte des sozialdemokratischen Wahlprogramms. „Brot statt Panzerkreuzer!" Und nun, wie man in der Regierung sitzt, ist einer der ersten Akte der sozialdemokratischen Minister, für diesen Panzerkreuzer zu stimmen, mit der Begründung, dass sonst die Koalition in Stücke ginge. Dass man auf seinem Sessel bleibt, ist offenbar wichtiger als alle Prinzipien und Wahlversprechungen! An dieser unglaublichen Erfahrung wird allerlei klar: Einmal die Verachtung der Massen durch ihre Führer, die ihnen Wahlparolen als Köder vorwerfen, von denen

[1]) Der als Flugblatt erschienen ist (bei der Zentralstelle für Friedensarbeit) und der nicht genug empfohlen werden kann.

sie nachher erklären, dass sie forderten, was von vornherein unmöglich war; dann der schon in der Anschlussfrage hervorgetretene Nationalismus auch dieser Linksparteien, der sie an allem ernsthaften Antimilitarismus verhindert; weiter ihr verborgener Gewaltglaube, der ja bei völliger Abwesenheit eines andern Glaubens nur allzunatürlich ist; endlich, dass Machtgewinn für den Sozialismus nur Gefahr ist, solange er nicht neuen Geist und neue Kraft bekommen hat.

Das gleiche Bild bot im Grunde die Versammlung der zweiten Internationale in Brüssel. Auch hier war das Kriegsproblem entscheidend, und auch hier ist das Versagen klar genug. Zwei Strömungen im heutigen Sozialismus verhinderten jede wirklich revolutionäre Stellungnahme. Da ist einmal jener „Sozialpatriotismus" eines Paul-Boncour, Vandervelde und de Brouckère, dessen letztes Wort das schweizerische Milizsystem bedeutet und für den nun unsere Militaristen begeistert sind. Aber kein kleineres Hindernis bildet jener „Marxismus", der nicht höhnisch genug über den „Sozialpatriotismus" reden kann, der aber ebenso wie dieser an die Gewalt glaubt und darum zu keiner ehrlichen Abrüstungsparole gelangen kann. Es ist besonders die „Austromarxismus" genannte neue Aufputzung des Marxismus, welche mit der These arbeitet, dass zwar der Sozialismus von sich aus keine Gewalt brauchen möchte, aber darauf gefasst sein müsse, dass seine Gegner sie brauchten, sobald er zur Macht zu gelangen drohe, und darum sich rechtzeitig zu rüsten habe. Dass auch ein Teil der schweizerischen Sozialdemokraten diese Losung nachspricht, werden wir anderwärts zeigen.

Das Ergebnis ist ein schweres moralisches Fiasko des Sozialismus. Dieses ist in bezug auf Brüssel nur mühsam verdeckt worden. Das Manifest, das man herausgegeben hat, ist ein Dokument der Halbheit und schwach verhüllter Widersprüche, auch nicht ohne Unehrlichkeit, wenn man an die Erklärung der Franzosen über die Rheinlandräumung denkt. Es enthält manches Gute (z. B. in bezug auf die Kolonialfrage), aber auch viel blosse Phraseologie. In bezug auf die Abrüstung fordert es nicht mehr, als der viel verhöhnte bürgerliche Pazifismus, und die revolutionäre Gebärde, die man macht, ist ohnmächtig. Denn es steht nicht der Wille zur Kriegsdienstverweigerung und zur Kriegsverhinderung um jeden Preis dahinter.

Es ist auf der Linie des Kriegs- und Gewaltproblems, wie auf allen andern klar, dass der Sozialismus eines neuen Ansatzes bedarf, wenn an ihm Unfruchtbarkeit und moralischer Zerfall nicht bald sehr deutlich werden sollen. Da ist nun aber wieder verheissungsvoll, dass die Massen so ganz anders gestimmt sind, als ihre sogenannten Führer. Das zeigt die mächtige Bewegung, welche die deutsche Arbeiterschaft ergriffen hat, als die Kunde von der Bewilligung des Panzerkreuzers kam. Wenn diesen Massen nur wirklich sozialistische, die heutigen sozialistischen Programme und Parteien überbietende Losungen gegeben werden, wird eine immer gewaltiger anschwellende Woge den Sozialismus dem Sieg entgegen tragen.

Soziales im allgemeinen.

Dass die soziale und sozialistische Bewegung überall wieder im Anschwellen ist, scheint klar. Nur einige neueste Tatsachen: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat im letzten Jahre um 12,000 Mitglieder zugenommen. — In England zeigen die gerade auf der Unternehmerseite immer wieder auftauchenden Bestrebungen, einen „Industriefrieden", d. h. eine gewisse baldige Ausgleichung von Kapital und Arbeit zu schaffen, wie weitblickende Industrielle einsehen, dass die bisherige fast ausschliessliche Herrschaft des Kapitals nicht mehr lange dauern kann. Wie der Sozialismus die katholische Kirche ergreift (freilich noch nicht die schweizerische!), soll andernorts gezeigt werden. Auch die Versuche, den sogenannten Kooperationsstaat zu propagieren, zeigen, dass auch Nichtsozialisten nicht mehr an die heutige Ordnung glauben.

In der Schweiz ist neuerdings besonders interessant die Bauernbewegung. Schon in der letzten Bundesversammlung erweckte vor allem eine sozialdemokratische Motion mit einem Programm der Hilfe für die Bauern eine grosse Debatte. Auch die von der Kommission der Schweizerischen Predigergesellschaft einberufene zweite Konferenz, die diesmal im Rüttihubelbad tagte, hat sich mit dem Problem des Schuldenbauers beschäftigt. Inzwischen hat die Trockenheit dss Sommers die Krise des Bauerntums verschärft und zu Erscheinungen geführt, die man bei den Arbeitern bolschewistisch und staatszerstörend, auch antipatriotisch nennen würde. Man will am 9. Spetember mit dem Tannenreis am Hut nach Bern ziehen, um dort dem Bundesrat die Bauernnot zu demonstrieren. Dagegen wäre nun an sich nichts einzuwenden. Die Not der Bauern ist Tatsache. Aber leider ist dieser Zug wieder bloss eine Nachäffung deutscher Vorgänge. Sodann wäre die Frage, ob dieser Zug nicht besser nach Brugg dirigiert würde, um dort gegen die bisherige, von dort ausgehende Bauernpolitik zu protestieren. Denn deren Fiasko bedeutet doch die heutige Krise des Bauerntums.

Inzwischen ist plötzlich der Bundesrat, ganz gegen seine sonstige Gewohnheit, mit einer Initiative hervorgetreten, einem grossen Plan für rasche Hilfe, aus dem als Hauptpunkt eine Zinserleichterung herausschaut. Das ist ein offenkundiges, grobes Manöver, dazu bestimmt, für die bevorstehenden Wahlen zur Bundesversammlung die Bauern bei der bürgerlichen Fahne zu halten.

Die sozialdemokratische Partei ist nun, drei Jahrzehnte zu spät, aber doch nicht absolut zu spät, mit einem Bauernprogramm hervorgetreten. Es scheint mir nicht grosse Originalität zu besitzen und müsste prinzipieller und gründlicher werden, aber das kann ja noch geschehen.

Die Annäherung zwischen dem auf dem Lande und dem in der Fabrik und Werkstatt arbeitenden Volk vollzieht sich unaufhaltsam. Nur zwei wesentliche Dinge stehen noch dazwischen: einmal die Meinungsverschiedenheit in bezug auf die Zollpolitik; anders ausgedrückt: ob hohe Zölle auf Lebensmittel und entsprechend hohe Preise der landwirtschaftlichen Produkte in der Schweiz dem Bauer helfen oder andere Massnahmen: vor allem Reform des Hypothekarkredites, Ausbau des Genossenschaftswesens als Verbindung zwischen Stadt und Land, Verbesserung des Betriebes und geistige Erhebung der Bauernbevölkerung; sodann, wie der Vertreter der Landwirtschaft, Hofstetter, im Rüttihubelbad (meine eigene These bestätigend) ausführte, die Freigeisterei, womit noch eine gewisse Richtung der Sozialdemokratie dem Sozialismus zu dienen glaubt. Aber diese zwei Haupthindernisse werden dahinfallen, langsam oder schnell, je nachdem. Gross ist die Not eines grossen Teils des schweizerischen Bauerntums, aber diese Not kann und soll, wie jede andere, Gutes wirken.[1])

Etwas besser scheint es in der ostschweizerischen Textilindustrie zu gehen. Diese ist freilich nicht mit dem Weberschifflein in der Hand nach Bern gezogen. Und doch war es eine ebenso grosse Volksnot.

Allgemein Politisches.

Hat die Aktion für die Bauern leider schon zum Teil eine wahlpolitische Tendenz, so gilt das auch für das meiste Andere, was nun unsere Parteien tun. Für viele Berufspolitiker sind halt Wahlen, durch die sie selbst Karriere machen, die grosse Hauptsache. Und doch zeigen z. B die deutschen Ereignisse, was mit Wahlen allein ausgerichtet ist und sollten besonders „Marxisten“ es wissen. Aber da stellen sie auf einmal Marx in den Winkel. Interessant ist dabei Dreierlei. Man sieht auf der bürgerlichen Seite auf einmal ein, dass man den sozialen Problemen grössere Aufmerksamkeit widmen

[1]) Tscharners „Bauernsozialismus“ wird trotz Laur immer aktueller. Die Schrift sei noch einmal warm empfohlen. Sie ist zu haben bei A. Rudolf in Zürich und beim Verfasser, der Lehrer in Oberhallau (Schaffhausen) ist.

müsste, zu Wahlzwecken! Sodann fürchtet man den Antimilitarismus und sucht ihn möglichst moralisch totzuschlagen. Endlich besinnt man sich auf einmal darauf, dass man eigentlich auch Ideale haben sollte. Aber da man in der Eile keine finden kann (wo sie vorhanden waren und sind, hat man sie ja bloss verhöhnt und schlecht gemacht!), schreit man nach der Jugend, die schleunigst dafür sorgen soll — bis zu den Wahlen! Denn nachher könnte man sie schwerlich mehr brauchen. Immerhin, eine Ahnung des Besseren erscheint in diesem Schrei nach den Idealen. Nur dass es töricht ist, zu erwarten, die Jugend habe als solche in einer Zeit der geistigen Degeneration einen geheimen Vorrat von Idealen. Von Idealismus vielleicht — aber „Ideale" müssen ihr gezeigt werden!

Eine kleine Verheissung ist das Auftauchen des Verlanges nach einer wirklich freien und der Wahrheit dienenden Presse. Die in Zürich seit einiger Zeit erscheinende „Peripherie" hat sich in „Das freie Wort" umgewandelt und will diesem Verlangen dienen. Möge ihm ein besseres Gelingen beschieden sein, als ähnlichen bisherigen Versuchen!

Kulturelles.

Am wüstesten und scheinbar hoffnungslosesten sieht die Welt auf dem Gebiete des allgemein kulturellen Lebens aus. Fortschreitende Maschinisierung und damit Entseelung des ganzen Lebens; immer wachsende sittliche Entartung, besonders im sexuellen Leben, überhaupt eine Zunahme alles dessen, womit der Mensch sich betäubt: sei's Kino, sei's „Tanz", sei's „Fest" oder was immer; Allmacht des Mammons über die ganze Welt, über Natur und Geist, die er beide beherrscht und verwüstet, und so fort in infinitum! Diesen Zustand der heutigen Welt offenbaren besonders die grossen Fremdenkurorte. Sie sind eine Aufreizung zum Bolschewismus wie Weniges. Eine untergehende Gesellschaft scheint hier wieder einmal nach der Parole: „Après nous le déluge" zu leben. Diesen Zustand beleuchtet sowohl das Endschicksal der Expedition Nobile, als auch der Ausgang eines Loses, wie das des Geldmannes Löwenstein und die Verhaftung von Hugo Stinnes wegen Betrugs. Als Degenerationserscheinung betrachte ich ohne Angst vor dem Vorwurf der Rückständigkeit Anlässe wie z. B. die Olympiaden, die weit davon entfernt, die Gesundheit zu mehren, sie nur untergraben und weit davon entfernt, die Völker einander näher zu bringen, sie nur in neue nationale Gehässigkeiten und Eifersüchteleien verstricken. Das alles ist mir, zum mindesten in der heutigen Form, kurzweg Zivilisationsverderben, Wahn oder Schwindel, Zeichen des Untergangs einer ganzen Welt.

Zur Zivilisation in dem Sinne des Wortes, worin es mehr einen Gegensatz zur Kultur bedeutet, rechne ich auch Unternehmungen wie die „Pressa" in Köln. (Schon diese Abkürzungen, die das Wort entseelen! Als ob man nicht mehr Zeit fände, ein paar wirkliche Worte auszusprechen!) Interessant mögen solche Ausstellungen sein, aber bloss zum Erschrecken. Im übrigen gibt es Dinge, die man nicht ausstellt. Ich habe mich meinerseits resolut geweigert, die „Neuen Wege" an diese Ausstellung, die auch eine Rubrik „Evangelische Presse" enthielt, zu schicken.

Personalia.

Gestorben ist Giolitti, der einst allgewaltige italienische Politiker, auf den Trümmern des liberalen Italiens. — In Ragaz ist während einer Badekur vom Herzschlag ereilt worden Frank Thomas, der Genfer Evangelist, ein Mann mit einem grossen, impulsiven Herzen und einer beredten Zunge, der sich im Dienste Gottes und der Menschen verzehrt hat. — In England ist Lord Haldane geschieden, eine Verkörperung der Tragik des europäischen und besonders des deutsch-englischen Schicksals. Zweimal hat er, ein für die deutsche Kultur des älteren Stils begeisterter Mann, Deutschland, d. h. seinen

dermaligen Leitern, eine Verständigung mit England angetragen, die für Deutschland grosse Vorteile gehabt hätte, zweimal ist er an dem, was ich die Korpsburschenpolitik der damaligen deutschen Staatslenker nenne, gescheitert und dann ein englischer Kriegsminister geworden, der sein Land wirksam auf den für unvermeidlich gehaltenen Krieg mit jenem Deutschland vorbereitete. Zuletzt ist er, der Sprössling eines uralten Aristokratengeschlechtes, der Arbeiterpartei beigetreten, ganz nur idealen Motiven gehorchend, und englische bürgerliche Blätter wissen diese Tat zu würdigen. Pas partout comme chez nous! — Von Professor Duhm ist anderwärts die Rede.

Und Professor Forel ist achtzig Jahre geworden, trotz seiner beinahe übermenschlichen Arbeitsleistung, vielleicht auch ein wenig infolge davon. Ich denke in religiösen und philosophischen Dingen anders als er und halte sein Buch über die „Sexuelle Frage" für einen schweren Irrtum; aber dem steht gegenüber sein Pionierkampf gegen den Alkohol und die Prostitution, wie später seine Oppostion gegen den Krieg, überhaupt eine Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit des Eintretens für alles als gut und recht Erachtete, wie man sie nur ganz selten antrifft. Auch wo er Dinge vertrat, die ich nicht billigen kann, tat er es aus reinem Willen, in der Ueberzeugung, damit dem Guten zu dienen. Es ist das Rätsel an diesem Menschen, dass er, der „Ungläubige", gläubiger war, als die allermeisten Gläubigen, und er, der „Materialist", idealistischer als die allermeisten Idealisten. Er ist darum uns allen eine Beschämung, Mahnung, Ermunterung; ein wahres Wunder steht er vor uns. In diesem Sinne danken auch wir ihm in tiefer Verehrung.

Parpan, 3. September.

Sozialdemokratie und Freidenkertum. Mein Aufsatz über „Sozialismus und Freidenkertum" hat ein gewisses Aufsehen erregt, das mich überraschte. Ich hatte halt vergessen, dass wir in einer Zeit der Vorbereitung zu grossen Wahlen stehen! Besonders auf katholischer Seite, aber nicht nur dort, hat man die Sache so dargestellt, als ob durch meine Ausführungen sozusagen authentisch festgestellt werde, dass die Sozialdemokratie als Ganzes der Freidenkerei verfallen sei. Man hat meinen Aufsatz als eine Art Verzweiflungsschrei eines Mannes aufgefasst oder wenigstens hingestellt, der, weil er seine Ohnmacht gegenüber der freidenkerischen Strömung einsehe, zu einem letzten Appell, zu einer Drohung, einer Flucht in die Oeffentlichkeit oder so was greife. Und man hat zum Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung darauf hingewiesen, dass der Genosse Heinrich Bräm mich im „Volksrecht" in aller Form mit der Exkommunikation aus der sozialistischen Parteikirche bedroht und andere sozialistische Zeitungen (welche?) dieses Anathema nachgedruckt hätten.

Ich sehe mich genötigt, zu dieser Darstellung in möglichster Kürze einige Bemerkungen zu machen.

Sie ist eine starke Entstellung der Tatsachen und meiner Absicht. Es lag mir ganz ferne, in meinem Aufsatz Statistik in bezug auf die Bedeutung der Freidenkerei in der heutigen schweizerischen Sozialdemokratie zu treiben Der Aufsatz hatte einen viel umfassenderen Sinn. Sein Anlass war, wie ich ausdrücklich bemerkt habe, das Buch von Oskar Ewald über „Religion und Freidenkertum". Ich benutzte eine Besprechung dieses bedeutsamen Werkes, um das allgemeine Problem des Verhältnisses von Sozialismus und Freidenkertum zu erörtern, und zwar nach der Art dieser Aufsätze „Zur Weltlage" nicht in systematischer Abrundung, sondern bloss zur Beleuchtung einer wichtigen Tatsache der heutigen Lage. An den schweizerischen Sozialismus habe ich unr ganz nebenbei gedacht; die „Neuen Wege" sind eben nicht bloss auf die Schweiz eingestellt.

Und nun hat es mir vor allem auch ganz fern gelegen, zu behaupten, die schweizerische Sozialdemokratie sei als Ganzes mit dem Freidenkertum identisch. Ausdrücklich erklärte ich, dass dieses in den sozialdemokratischen Blättern zurückgetreten sei und die Massen sich von ihm innerlich abge-

wendet hätten. Nimmt man auch noch meine Beurteilung der Lage in dem Vortrag: „Der gegenwärtige Stand des religiös-sozialen Problems“ dazu, welche in dem Satze gipfelt: „Die antireligiöse Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft ist gebrochen“, so leuchtet ein, dass es mir nicht in den Sinn kam, die Rolle des Freidenkertums so darzustellen, wie man es mir zuschreiben will. Ich denke darüber völlig anders. Nach meinem Urteil kann von einer freidenkerischen Einstellung der grossen Masse der sozialistischen Arbeiterschaft der Schweiz überhaupt keine Rede sein. Das Freidenkertum spielt bei uns seine Rolle bloss in einem kleinen Kreis von sozialistischen Intellektuellen und besonders Halbintellektuellen und in abgeschwächter Form auch noch in einem weiteren Kreis von davon ein wenig Berührten.

Was aber die sozialdemokratischen Zeitungen betrifft, so täte man ihnen grosses Unrecht, wenn man behauptete, sie seien in ihrer Mehrheit dem Freidenkertum verfallen. Vielmehr kann man das mit Recht wohl nur von ganz wenigen sagen, vielleicht in voller Schärfe nur etwa von der „Berner Tagwacht“ (ob das wohl besser wird, nachdem deren spiritus rector, Robert Grimm, nun durch seine Beteiligung an der Pfarrerkonferenz im Rüttihubelbad eine Art Kirchenvater geworden ist?) und daneben etwa noch, soweit die innerste Meinung der Redaktoren in Betracht kommt, in der letzten Zeit aber viel weniger in direkten Aeusserungen, vom „Volksrecht“ in Zürich. Man darf wohl ruhig sagen, dass es mehr sozialistische Zeitungen in der Schweiz gibt, die der religiösen Wahrheit als solcher (nicht gerade dem offiziellen Christentum) offen zustimmen, also solche, die sie bekämpfen und dass ihre überwiegende Mehrheit sich in religiösen Dingen neutral verhält, d. h. die Ueberzeugung ihrer Leser in diesen Dingen achtet.

Das ist in dieser Hinsicht nach meinem Urteil die Sachlage.

Aber der Genosse Heinrich Bräm und seine angedrohte Exkommunikation?

Zu meinem Leidwesen muss ich mit einem Wort auch darauf zu sprechen kommen. Jener Genosse, der im „Volksrecht“ die Artikel schreibt, die ich in bezug auf einen bestimmten Punkt als „kindisch“ bezeichnet habe, ist also Heinrich Bräm, der Verwalter des zürcherischen Altersasyls „Lilienberg“ bei Affoltern am Albis. Ich habe ihn nicht mit Namen genannt, und hätte er geschwiegen, so hätten sicher nicht ein halbes Dutzend von Lesern der „Neuen Wege“ geahnt, wen ich meine. Nun also wissen ein paar tausend Menschen, dass Heinrich Bräm der Verfasser dieser zum Teil kindischen Artikel ist. Es ist seine Schuld, dass sie das erfahren. Ich wollte ihn schonen. Es lag mir auch fern, ihm Freidenkerei vorzuwerfen. Was ich ihm vorwarf, war bloss seine törichte Art, den Sozialismus als Messias hinzustellen, und zwar so, dass zwischen dem Sozialismus, wie man ihn allfällig als Ideal verstehen kann, wenn man ihm den höchsten möglichen Sinn verleiht, und dem Sozialismus, wie er in Wirklichkeit ist, kein Unterschied gemacht wird, dass kein Wort gesagt wird von den ungeheuren Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des Sozialismus im Wege stehen. Ich schrieb diese Verwechslung der Naivität eines Mannes zu, der dem wirklichen Leben der Arbeiterbewegung ferne steht, nannte diesen Mann (wegen seiner trefflichen Leitung jener Anstalt) „sehr verdient“. Nun muss ich leider mein Urteil über ihn ändern. Seine Entgegnung im „Volksrecht“ ist in jeder Beziehung minderwertig. Sie ist unwahr, insofern sie die Tendenz meines Aufsatzes entstellt. Sie zeigt, dass Bräm völlig unfähig ist, über die Probleme, die doch den Gegenstand seiner Artikel bilden, zu urteilen. Sie beweist, dass er nicht ein naiver Schwärmer, sondern im besten Fall ein blinder Parteifanatiker ist. Das Schlimmste an seinem Artikel aber ist, dass er statt auf meine Argumente einzugehen, gegen die Religiös-Sozialen losschimpft und sie vor die Frage des Austrittes oder vielleicht gar Ausschlusses aus der Partei stellt.

Nun möchte ich, den Genossen Bräm im übrigen stehen lassend, nur die Frage stellen: Wer ist Genosse Bräm? Was bedeutet es, wenn er uns mit Aus-

schluss droht? Genosse Bräm mag darüber zu bestimmen haben, ob jemand aus dem Altersasyl „Lilienberg“ ausgeschlossen werde, aber in bezug auf die sozialdemokratische Partei hat er nicht mehr und nicht weniger zu sagen als jeder Durchschnittsgenosse. Aber das „Volksrecht“, das hinter ihm zu stehen scheint? Nun, wenn das „Volksrecht“ wirklich gleicher Meinung sein sollte, so sind auch die Genossen Nobs und Heeb noch lange nicht die sozialdemokratische Partei. Exkommunikationen, von einer Gruppe einer Partei gegen eine andere angedroht, haben wenig zu bedeuten. Das „Volksrecht“ hat übrigens der Erwiderung eines hervorragenden Parteigenossen Raum gegeben, ohne redaktionell Stellung zu nehmen. Das alles wissen doch eigentlich auch jene Journalisten gut genug, die dem Bannstrahl, den der Verwalter des Altersasyls hinter dem Albis gegen die Religiös-Sozialen geschleudert, eine so grosse Bedeutung beimessen.

Im übrigen würden mich solche Drohungen nicht schrecken, auch wenn sie von bedeutend wichtigeren Autoritäten ausgingen. Meine Stellung zum Sozialismus und zur Arbeiterbewegung ist gottlob völlig unabhängig von irgend einer Partei oder Parteiinstanz, von irgend einem Parteisegen oder Parteifluch. Ich diene dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung in völliger Freiheit und Freiwilligkeit, in der Partei oder ausser der Partei, je nachdem, immer bloss nach dem Gebot meines Herzens und Gewissens.

Soviel von der Exkommunikation des Genossen Bräm auf dem Blitze schleudernden „Lilienberg“. Ihre Bedeutung ist damit ins rechte Licht gestellt.

Was im übrigen die Freidenkerei anbetrifft, so bleibt es dabei: Sie ist weit davon entfernt, die schweizerische Sozialdemokratie zu beherrschen. So weit aber eine kleine Clique noch die Partei und ihre Organe zur Propaganda der Freidenkerei missbraucht, tut sie freilich etwas, was nicht nur illoyal ist und gegen die Prinzipien und das Programm der Partei verstösst, sondern dieser auch den schwersten Schaden zufügt. Ich wiederhole: Es wird, wenn es sich als nötig erweisen sollte, dafür gesorgt werden, dass auch dieser Rest einer bösen Erbschaft des Bürgertums verschwindet, und zwar bald. Freiheit, gewiss, aber nicht Freidenkerkirche!

Das „Volksrecht“ und die Militärfrage. Das Zürcher „Volksrecht“ hat in einer Reihe von Artikeln (Nr. 183, 192, 193) redaktionell zum religiösen und überhaupt zum radikalen Antimilitarismus, zur Dienstverweigerung und zum Gewaltproblem im allgemeinen auf eine Weise Stellung genommen, die nicht ohne Antwort bleiben durfte. Diese Antwort ist inzwischen im „Volksrecht“ selbst von verschiedenen Seiten erfolgt, dazu im „Aufbau“ und in der St. Galler „Volksstimme“ auf vortreffliche Weise durch den Genossen Dr. Kramer, ebenso, was besonders erfreulich ist, in der sonst den Religiös-Sozialen wohl nicht besonders gewogenen „Basler Arbeiterzeitung“ und wohl auch anderswo. Ich meinerseits darf wohl auf meine Schrift „Sozialismus und Gewalt“ hinweisen, dazu auf zahllose Aeusserungen in den „Neuen Wegen“ und im „Aufbau“ (hier besonders auf einen zum vorletzten Parteitag geschriebenen Artikel), dazu auf die Ausführungen in unserm Buche „Ein sozialistisches Programm“. Auch gedenke ich, wenn ich dazu Kraft und Zeit finde, das ganze Problem nochmals ausführlich zu behandeln. An dieser Stelle beschränke ich mich bloss auf ein paar notwendige Klarstellungen.

Für Leser, die das „Volksrecht“ nicht kennen, sei bemerkt, dass es im wesentlichen die bekannte These vertritt, dass der Sozialismus zwar von sich aus Gegner der Gewalt, des Krieges und des Militärs sei, dass er aber gewärtigen müsse, von den Bürgerlichen mit militärischer Gewalt angegriffen zu werden, namentlich sobald er an die Macht gelange, und daher für diesen Fall selbst ein Heer (das Heer!) zu seiner Verfügung haben müsse. Der Militarismus sei nur „ein Teilchen aus dem Gesamtbau des Kapitalismus“ und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, dass dieses herausgebrochen und für sich allein beseitigt und ausgetilgt werden könnte. Es müsse der Ka-

pitalismus besiegt werden, mit ihm falle auch der Militarismus. Wenn man das übersehe, sei jede Anstrengung gegen diesen zur Ohnmacht verurteilt. Eine gehässige Ablehnung der Dienstverweigerung bildet die Krönung der Artikelserie.

Ich mache zu diesen Ausführungen des „Volksrecht", die im wesentlichen ein Angriff auf die Religiös-Sozialen sind, von der prinzipiellen Auseinandersetzung absehend, drei Bemerkungen.

Zum Ersten: Das „Volksrecht" hält es für zweckmässig, unsere eigene Position so darzustellen: „Sie [sc. die Arbeiterschaft] soll sich ruhig abschlachten lassen, insofern die gewaltlosen Mittel nicht genügen, dies zu verhindern." Diese Behauptung, die schon auf dem Berner Parteitag eine Rolle spielte und seither immer wieder gegen uns verwendet wird, ist selbstverständlich eine schwere Entstellung unseres Gedankens, und da wir sie wiederholt scharf zurückgewiesen haben, darf sie nicht einmal mehr die bona fides für sich in Anspruch nehmen. Genau das Gegenteil entspricht der Wahrheit: gerade wir wollen die Arbeiterschaft vor jener Abschlachtung bewahren, die ihr sicheres Los wäre, wenn die vom „Volksrecht" und seinen Gesinnungsgenossen befolgte Taktik durchgeführt würde. So liegt das Problem. Ich denke, wir haben schon einmal die Probe auf das Exempel geliefert, damals, als wie die Partei vor dem auch durch das „Volksrecht" geforderten Eintritt in die kommunistische Internationale bewahren halfen, der zur sicheren Katastrophe der schweizerischen Arbeiterbewegung geführt hätte.

Das Zweite, was die Artikel des „Volksrecht" so unerfreulich macht, ist seine Behandlung der Dienstverweigerung. Es scheut sich nicht, den alten bürgerlichen Vorwurf aufzunehmen, dass Leute, die selbst keine Folgen zu fürchten hätten, andere zu einer Tat verleiteten, die zu Gefängnis und all den andern Nöten führe. Die Männer und Frauen, die für das Recht der Dienstverweigerung öffentlich eingestanden sind, haben, denk ich, auch wenn sie nicht in das Gefängnis gekommen sind, auf allerlei Weise für ihre Ueberzeugung bezahlt. Auch wer für den Sozialismus eintritt, muss das Risiko auf sich nehmen, dass Menschen, die ihm folgen, dadurch in schwere Lagen gebracht werden; soll er deswegen davon schweigen? Aber nie haben wir die Dienstverweigerung anders als eine heilige Angelegenheit des einzelnen Gewissens behandelt. Das „Volksrecht" nennt freilich schon unser Eintreten für die Dienstverweigerer „Verherrlichung" der Dienstverweigerung und „Propaganda" für diese. Offenbar sollten wir diese tapferen jungen Männer ohne ein Wort der Unterstützung vor der Oeffentlichkeit lassen, oder ihr Gewissen nach dem Rezept der Feldprediger zu beschwichtigen versuchen! Wenn das „Volksrecht" für die Entstehung und Ausbreitung der Dienstverweigerung keinen anderen Grund weiss, als eine Verführung durch einige Propagandisten, so steht es damit auf dem gleichen Boden, wie die Leute, welche den Sozialismus auf diese Art erklären; denn so gut wie der Sozialismus, der einst auch klein anfing, aus den Verhältnissen und dem Gewissen entstand und keine Propaganda imstande gewesen wäre, ihn zu erzeugen, so verhält es sich selbstverständlich auch mit der Dienstverweigerung, die jetzt noch eine kleinere Macht ist als der Sozialismus, aber unaufhörlich wächst und im Begriff ist, eine umfassende Volksbewegung zu werden. Auch das ist ja an der Darstellung des „Volksrecht" so unrichtig und unerfreulich zugleich, dass es die Bedeutung der Dienstverweigerung möglichst herabzusetzen versucht. Es redet von „wenigen Dutzenden" von Dienstverweigerungen, die die Militärgerichte verurteilt hätten; es handelt sich aber in der Schweiz um viele Hunderte von Verweigerungen und in der ganzen Welt um Zehntausende, mit den Erklärungen der Pomsomby-Aktion um Hunderttausende. Aber was ist das für ein Geist, der in solchen Dingen bloss mit Zahlen rechnet! Soll man etwa vom Martyrium eines Jaurès, eines Landauer, eines Eisner, eines Karl Liebknecht und einer Rosa Luxemburg auch sagen: „Was ist das — fünf Men-

schen!" Das „Volksrecht" frägt im Hinblick auf jene verurteilten Dienstverweigerer: „Hat das an unserem Militärwesen das Geringste geändert?" Ich könnte antworten: „Hat etwa der ganze Sozialismus daran etwas geändert?" Aber ich tue das nicht, sondern antworte: Nichts, gar nichts hat das Gewissen unseres Volkes in bezug auf das Kriegs- und Militärproblem so in Unruhe gebracht und erhalten, als die Tat dieser „wenigen Dutzende" von Männern, nichts, gar nichts hat so viel dazu beigetragen, jene antimilitaristische Volksstimmung zustande zu bringen, die jetzt Tatsache ist, als der in der Dienstverweigerung gipfelnde Antimilitarismus des Glaubens und der Gesinnung.

Damit komme ich zu meiner dritten und letzten Bemerkung. Ist schon die Geringschätzung geistiger Faktoren, die sich in dieser Beurteilung der Dienstverweigerung äussert, eine bemühende Erfahrung, so muss überhaupt gesagt werden, dass an den Artikeln des „Volksrecht" das Niederschlagendste das ist, was wir andern als Mangel an wirklich sozialistischer Gesinnung und wirklich sozialistischem Glauben empfinden. Es ist von nichtsozialistischer Seite (vergleiche „Das Freie Wort", Nr. 1) erklärt worden, das „Volksrecht" argumentiere genau wie die „Neue Zürcher Zeitung" und die „Neue Zürcher Zeitung" genau wie das „Volksrecht". In der Tat, wer gewisse Abschnitte dieser „Volksrecht"-Artikel läse, ohne zu wissen, dass es das „Volksrecht" sei, müsste annehmen, er lese in der „Neuen Zürcher Zeitung" oder im „Bund". Der Eindruck dieser Aeusserungen auf Viele ist damit am besten gekennzeichnet. Es sind denn auch die Ausführungen des „Volksrechtes" von den bürgerlichen Zeitungen gegen den Antimilitarismus und die Dienstverweigerung verwendet worden. Das ist nicht verwunderlich. Es ist auf beiden Seiten der gleiche Glaube an die Gewalt, die gleiche Kapitulation vor bestehenden Mächten. Von diesen Gedanken bis zur Bewilligung des Panzerkreuzers nach rechts oder zum Bolschewismus nach links ist nur ein Schritt, und die innere Logik der Sache nötigt dazu, diesen Schritt zu tun, sei's nach rechts oder nach links.

Die Haltung des „Volksrecht" gehört in den ganzen tragischen Zusammenhang des sozialistischen Versagens vor dem sozialen Hauptproblem der Zeit. Die ganze Haltlosigkeit dieses Sozialismus in bezug auf dieses Problem wird auch dadurch deutlich, dass gleichzeitig durch die bürgerliche Presse Aeusserungen des Parteipräsidenten Reinhardt gehen, die jeder schweizerische Oberst getan haben könnte. Mögen sie anders gemeint sein, so sind sie doch Symptome einer schweren Verwirrung. Es gibt aus dieser Lage nur einen Ausweg: den Durchbruch zu einem konsequenten sozialistischen Antimilitarismus, der aus einer wirklich sozialistischen Gesinnung und einem wirklich sozialistischen Glauben fliesst. Daran hängt die Zukunft des Sozialismus.

Professor Duhm — von einem Auto getötet. Professor Bernhard Duhm ist einer der grössten Erforscher und Darsteller des Alten Testamentes in der nun abgelaufenen Epoche gewesen. Er hat die unter dem Namen der Wellhausenschen Hypothese besonders bekannte Auffassung der Geschichte Israels, die nicht in Moses, sondern in den grossen Propheten ihren Höhepunkt sieht und die frühere Auffassung sozusagen umdreht, selbständig und geistvoll weitergeführt. Auch wenn man, wie der Schreibende, gegen diese Auffassung im allgemeinen und speziell gegen Duhms Art vieles einzuwenden hat, muss man die grosse Bedeutung seines Lebenswerkes anerkennen. Und besonders wertvoll scheint mir, dass er einer von denen war, welche die Botschaft vom kommenden Reiche Gottes verkündigten. Dieser Mann nun, dessen achtzigsten Geburtstag man vor kurzem gefeiert hat, und der sich für ein neues Semester rüstet, wartet mit seinem Sohn an der Strasse: ein Auto kommt, wo es nicht kommen dürfte, es fährt dem Tram vor — ähnlich, wie wir es in der Stadt fast alle Tage erleben, — wirft den Greis um, fährt zweimal über seinen Leib und